



Presseinformation

28.07.2008

Echte Jobs statt 1-Euro-„Zwangsarbeit“

„Essen steht AUF“: Gegen Lohndumping und Schikane

Massiv hat der Bundesrechnungshof letzte Woche den Missbrauch von 1-Euro-Jobs kritisiert. Auf der seit vier Jahren stattfindenden Essener Montagsdemo ist das Thema ein Dauerbrenner. Immer wieder melden sich Betroffene zu Wort und klagen den entwürdigenden Zwang zu 1-Euro-Jobs an. *„Die Kritik des Bundesrechnungshofes muss auch in Essen Konsequenzen haben, denn hier wird in besonderer Weise damit Schindluder getrieben“*, erklärt Dietrich Keil, Ratsherr von „Essen steht AUF“

Hauptnutznießer der 1-Euro-Jobs seien in Essen die Kirchen und die Stadt. Deren Beschäftigungsträger, die städtische EABG mit ihren Töchtern, sowie die „Neue Arbeit“ der Diakonie vermitteln den größten Teil der jährlich etwa 9.600 1-Euro-Jobber. Da Ein-Euro-Jobs nach der jüngsten Gesetzesreform nicht mehr "gemeinnützig", sondern nur noch "im öffentlichen Interesse" sein müssen, können neben Kommunen, Verbänden, Vereinen auch wirtschaftliche Einrichtungen und Unternehmen auf Ein-Euro-Jobber zurückgreifen. Dietrich Keil: *„Gegenüber privaten Firmen, wie den Handwerksbetrieben bei den ‚Wegen zum Wasser‘ arbeiten EABG und „Neue Arbeit“ wie Leiharbeitsfirmen – aber für 1-Euro-Jobber. Über das Projekt Hausbetreuung der „Neuen Arbeit“ werden 1-Euro-Jobber z.B. für Hausmeisterdienste an die Deutsche Annington und andere Wohnungsgesellschaften vermittelt. Beim Projekt Zweirad-Reparatur reparieren sie Fahrräder privater Postdienste.“*

Auch die Beschäftigungsträger verdienen dabei an den 1-Euro-Jobbern. Pro Kopf erhalten sie eine Fallpauschale von 500 Euro im Monat, von der im Schnitt nur etwa 200 Euro dem 1-Euro-Jobber zu Gute kommen. *„Mit den Millionenbeträgen für die 1-Euro-Jobs hätte man Hunderte von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen schaffen können“*, so Dietrich Keil. *„Aber das ist offensichtlich nicht gewollt. Die 1-Euro-Jobs sollen vielmehr Löhne von normalen Arbeitsplätzen konkurrenzlos unterbieten. Sie drücken das gesamte Lohnniveau und haben unzählige reguläre Arbeitsplätze vernichtet. Sie sind eine der schlimmsten Schikanen gegen Arbeitslose, die mit Hartz IV eingeführt wurden. Deshalb setzt sich „Essen steht AUF“ ein für die Forderung der Montagsdemonstrationen in Deutschland: Hartz IV muss weg!“*

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Bodo Ubat

Vorstandssprecher